

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfachkonto: Dresden 1534
Kreuzstr. 52.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534
Kreuzstr. 52.

Nr. 218.

Sonnabend, 18. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Größter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Licht an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalt, der Verlagsanstalt oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Köhlermann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Völkerverbund und die Kriegsschuldfrage.

Herr Prof. Hans Delbrück übermittelte dem Völkerverbund folgende Mitteilung: Ein zufälliger Umstand vereinigte in Frankreich an den Ufern des Bistavlischen Meerbusens einige Persönlichkeiten, die, verschiedenen Nationalitäten angehörig, sich mit dem Studium der Kriegsschuldfrage beschäftigten. Man beschloß, die Gelegenheit und den Augenblick zu benutzen, um das nachfolgende Schreiben an den Völkerverbund zu richten:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Mitglieder des Völkerverbundes!

Die Hohe Versammlung, die in diesem Augenblick in Genf zusammentritt, annahm, indem sie Deutschland in den Völkerverbund aufnimmt und ihm einen künftigen Sitz in ihrem Rat gewährt, tatsächlich den fundamentalen Artikel des Versailler Vertrages, der Deutschland die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges zuschreibt. Wir stellen das fest. Indessen das öffentliche Gewissen, das durch jene Worte eines Rechtspruches tief verletzt ist, wird in dieser Maßregel der Wiedergutmachung nur eine verspätete und ungenügende Genugtuung erlangen. Die Umstände, unter denen eine Verurteilung ausgesprochen worden ist, unter Abwägung der Gründe, die in zivilisierten Ländern dem Ankläger das Recht abspornen, sich selbst zum Richter über den Angeklagten zu machen, bleibt ein zu empfindendes Beispiel von Unbilligkeit und Gewalttat, um jemals diesen Rechtsbruch denen zu verzeihen, die dafür im Angesicht der Welt die Verantwortung übernommen haben.

Erlauben Sie daher, sehr geehrter Herr Präsident und sehr geehrte Mitglieder des Völkerverbundes, denjenigen, die nicht anwesend sind, für die Aufhebung der Wahrheit zu kämpfen. Ihnen mit aller Bestimmtheit zu versichern, daß ihr Werk nicht leicht sein wird, solange sie nicht vollständig und öffentlich die Ungerechtigkeit von 1919 auspricht haben.

Eine unparteiische, gründliche und strenge Untersuchung über die Ursache des Weltkrieges wird der öffentlichen Meinung die notwendige Beruhigung geben. Ihre Sache ist es, sie vorzunehmen zu lassen. Ihre Sache ist es, die Aufhebungen aufzuheben, die auch heute noch die Geister erschüttern und den unversöhnlichen Haß weiter säen lassen. Diese Untersuchung ist nicht allein unentbehrlich für die völlige Wiederherstellung des Friedens, sie wird gefordert durch die Würde und das Ansehen des Völkerverbundes, der geschaffen ist durch eben diesen Vertrag, dessen verdiente Abwägung er teilen muß, wenn er nicht die Sühnung, auf die er gegründet ist, reformiert.

Durch die Lüge hat man die Geister aufgereizt und die Nationen veranlaßt, sich aufeinanderzuzürnen. Nur aus der Wahrheit wird der Friede geboren werden. Außerhalb der Wahrheit ist ein politischer Aufbau moralisch unmöglich. Entweder der Völkerverbund wird das Licht bringen, oder er wird ein Nichts sein.

September 1926.

Für Deutschland:

Hans Delbrück, Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Für Frankreich:

Georges Demartial, Gustave Dupin, Mathias Morhardt, Alfred Pevet.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

Harry Elmer Barnes, Professor am Smith College, Northampton (N. S. A.).

Ueber die Befehungs- und Kolonialfrage.

(Paris. Mit der Frage einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigt sich ein Artikel E. Emerys, der im "Peuple" veröffentlicht wird, und in welchem es u. a. heißt: Die große Frage Frankreichs will in dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund das Vorbild von Tripartiten sehen, die auf eine Teilrevision des Versailler Vertrages abzielen. Was ist auch natürlicher? Da man sich jetzt im Besitz des diplomatischen Instrumentes befindet, das auf juristischem Wege Revisionierungen an diesem Vertrage ermöglicht, die übrigens sogar durch einen Artikel des Versailler Vertrages vorgesehene sind, warum soll man dann nicht auch davon Gebrauch machen? Die einzige Frage, die man sich stellen muß, ist die, ob solche Revisionierungen sich für den Frieden und im Sinne der Gerechtigkeit als nützlich erweisen würden. Die Fragen, von denen die Rede ist, entsprechen jedoch durchaus diesen Forderungen und Frankreich darf daher auch nicht zögern, für solche Forderungen einzutreten. Da ist zunächst die Aufhebung der Rheinlandsbesetzung. Wo ist die Anwesenheit von 50 000 Mann am Rhein? Wenn man angibt, daß es sich um die Frage der Sicherheit handelt, so muß man doch betonen, daß jeder weiß, daß es absurd ist, eine solche Armee zum Schutz zu unterhalten und zwar in einem Augenblick, in welchem Deutschland ohnmächtig ist. Es wäre auch absurd, diese Armee erst nach 15 Jahren zurückzuziehen, also gerade zu einer Zeit, in der Deutschland wieder seine volle Prosperität zurückergänzt haben wird. Außerdem ist ein derartiger Grenzschutz unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft des technischen Krieges vollkommen gegenstandslos. Wenn es sich bei der Aufrechterhaltung der Besetzungsbarmeen aber darum handelt, die Reparationsforderungen zu sichern, so muß man sagen, daß diese Forderungen durch die Bestimmungen des Dawesplanes weit besser garantiert sind. Die Besetzung ist nur ein ideothetischer Nützling, nachgebildet den Vorhängen von 1815 und 1871. Sie ist ein Symbol des Sieges. Die Aufrechterhaltung der

Die Unterredung Dr. Stresemanns mit Briand.

(Genf, 17. September. Die Sonderberichterstatter des V. T. B. erklären, lehrten Reichsminister des Reiches Dr. Stresemann und der französische Minister des Reiches Briand von ihrem gemeinsamen Ausfluge nachmittags 5.40 Uhr nach Genf zurück. Die mehrstündige Unterredung zwischen ihnen fand auf französischem Boden in Thoiry, einer kleinen französischen Ortschaft im französischen Jura statt.

Genf, 17. September. Ueber die heutige Zusammenkunft zwischen Reichsminister Dr. Stresemann und dem französischen Minister des Reiches Briand ist heute abend 7 Uhr folgende gemeinsam vereinbarte amtliche Mitteilung ausgedrückt worden:

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der französische Außenminister Briand trafen sich zum Frühstück in Thoiry. Sie hatten dort eine mehrstündige Unterredung, die in herzlichster Weise verlief. Im Verlauf dieser Unterredung prüften sie der Reihe nach alle ihre beiden Länder interessierenden Fragen und suchten gemeinsam nach dem geeignetsten Mittel, um die Lösung dieser Fragen in demselben und in französischem Interesse und im Geiste der von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen herbeizuführen.

Die beiden Minister brachten ihre Auffassungen über eine Gesamtlösung der Fragen in Einklang, wobei sich jeder von ihnen vorbehaltlich seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten: Wenn ihre Auffassungen von ihren beiderseitigen Regierungen gebilligt werden, werden sie ihre Zusammenarbeit wieder aufnehmen, um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen.

Die Unterredung

Briand-Stresemann vor dem Pariser Ministerrat.

(Paris. Briand, der heute vormittags nach Paris zurückkehrte, wird in dem für Dienstag anberaumten Ministerrat Bericht über seine geistige Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstatten.

Sabaz über die Zusammenkunft Stresemann-Briand.

(Paris. Der Genfer Havasvertreter gibt in dem Communiqué über die Aussprache zwischen Briand und Stresemann einen längeren Kommentar, in dem unter Bezugnahme darauf, daß die beiden Außenminister sich vorbehaltlich, ihren Regierungen Bericht zu erstatten, erklärt wird: Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, so wie sie Stresemann und Briand anzufassen scheinen, hängt also nicht mehr allein von ihnen, sondern von ihren Regierungen ab. Nach der Auffassung Briands sowie Stresemanns werden die Besprechungen mehr oder weniger von Erfolg begleitet sein, je nachdem sie in den beteiligten Ländern Ermüdung finden. Neue Besprechungen werden nur dann stattfinden, wenn die beiden Minister die Billigung ihrer Regierungen finden. Briand und Stresemann werden in diesem Falle Gelegenheit finden, sich bei der nächsten Völkerverbundstagung zu treffen. Es sei jedoch

Befehung ist mit einer aufrichtigen Politik der Zusammenarbeit unvereinbar. Die Befehung muß so früh wie möglich verschwinden; man muß die Regierung auch darauf hinweisen, daß sich hier beachtliche Möglichkeiten für Sparmaßnahmen ergeben.

Was die Frage einer Inverteilung eines Kolonialmandates an Deutschland anbelangt, so muß man erklären, daß nichts natürlicher oder wünschenswerter wäre, Frankreichs Kolonialgebiet überkeine seine eigenen Kräfte. Frankreich hat durchaus nicht die Mittel, seine afrikanischen Besitzungen mit ihren ungeheuren Ausgaben richtig auszuwerten. Wenn z. B. Kamerun unter Kontrolle des Völkerverbundes wieder an Deutschland zurückfällt, so würde dadurch Frankreich nicht um einen Centime ärmer werden, sondern lediglich die Ausgaben für einige überflüssige Verwaltungsbeamte sparen können. Lamentieren können nur diejenigen, die in kindischer Weise den Wohlstand einer Nation nach dem roten Fleck auf der Karte beurteilen, den ihr Land einnimmt; lamentieren können wohl auch die, die in dem Haub der deutschen Kolonien eine dem Schuldigen und Verschuldeten auferlegte Strafe erblicken. Die Politik aber von Locarno ist offensichtlich weder für die ersteren und besonders nicht für die letzteren gemacht.

Was die Aufhebung der internationalen Kontrollkommission betrifft, so erweitert sich hier diese Frage zu dem allgemeinen Problem einer gleichzeitigen stattfindenden Entlassung aller Völker. Stresemann hat kürzlich erklärt, man könne Deutschland nicht länger eine einseitige Abstrahlung aufzwingen. Er hat durchaus recht, denn die Abkommen von Locarno bedeuten die beste Verwirklichung der Probleme: Schiedsgerichtsverfahren, Sicherheit und Abrüstung. Das Deutschland aufzuzwingende Sonderregime einseitiger Abstrahlung muß fallen.

Sturm auf der Oise.

Stettin. (Funkpost.) Der seit einigen Tagen anhaltende Südwestwind hat auf See eine Windstärke von 8 bis 9 erreicht. Beide Heidebrint wurde das Boot eines schwedischen Motorschiffes angetrieben, in welchem sich ein völlig erschöpfter Matrose befand. Das Schiff war mit drei Mann Besatzung im Sturm untergegangen.

auch möglich, daß, wenn der Stand der Verhandlungen es gestatte, sich die beiden Staatsmänner vor diesem Zeitpunkt entweder in Paris oder anderswo treffen. Briand hat mit seiner Befehlung über die Nährungsfrage mit dem deutschen Außenminister in Genf nicht zurückgefallen. Seit dem Beginn seiner Besprechungen mit Stresemann hat er bei jeder Gelegenheit dessen große Korrektheit und vollkommene Loyalität anerkannt. Die Besprechungen in Genf und Thoiry werden, wenn es die Regierungen für angezeigt halten, die erste Etappe auf dem Wege zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern darstellen.

Balesti bei Staatssekretär von Schubert.

(Genf, 17. September. Die Sonderberichterstatter des V. T. B. erklären, hat der polnische Minister des Reiches Balesti heute nachmittags eine Besprechung mit Staatssekretär von Schubert gehabt, den er im Hotel Metropole aufsuchte.

Von den Ausschüssen des Völkerverbundes.

(Genf. Gestern sind die Beratungen der Verammlungsanschlüsse und ihrer Unterausschlüsse wieder aufgenommen worden. Als wichtiger Verhandlungsgegenstand stand auf der Tagesordnung des 2. Ausschusses (technische Organisation) die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, zu der u. a. Joubert, Frankreich und Canada-Begeleit in längerer Rede Stellung nahmen. Die in der Debatte vorgebrachten Anregungen richteten sich im wesentlichen auf eine Einschränkung des Programms der Weltwirtschaftskonferenz behufs praktischer Ergebnisse. Von französischer Seite wird darauf gedrungen, daß von der gegenwärtigen Völkerverbundversammlung bereits das Datum für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz und zwar auf einen Termin vor der nächsten Völkerverbundversammlung festgelegt wird, während andere Delegationen die Festlegung dieses Datums den vorbereitenden Ausschüssen für die Weltwirtschaftskonferenz überlassen wollen, der offiziell auf den 15. November zu seiner zweiten Tagung einberufen werden ist. Joubert fordert, daß die Weltwirtschaftskonferenz weder eine Konferenz sein soll, die nur aus Sachverständigen, noch eine solche, die nur aus Regierungsvertretern zusammengesetzt wäre. Die Aussprache wurde gestern nachmittags fortgesetzt.

Der 6. Ausschuss (politische Fragen), der ebenfalls eine Vollung abhielt, beauftragte nach längerer Aussprache Joubert, Ungarn, Italien und de Jovenel-Frankreich mit der Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfes, auf Grund dessen ein Ausschuss eingesetzt werden soll, der die Mittel zur Verwirklichung der Möglichkeit gleichzeitiger Ratifizierung von unter den Auspizien des Völkerverbundes abgeschlossenen internationalen Konventionen zu prüfen hat.

Deutschlands Finanzhilfe für Frankreich?

von Berlin. Sowohl der Reichsfinanzminister wie auch der Reichsbankpräsident befinden sich gegenwärtig auf Urlaubsweg. Da nun in Genf die Frage einer deutschen Finanzhilfe zur Stärkung des französischen Franc akut geworden ist, so liegt es nahe, die Medien der beiden genannten Herren mit Verhandlungen über diese Frage in Zusammenhang zu bringen. Solche Vermutungen sind jedoch, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, völlig irrig. Dr. Heinhold ist unterwegs nach San Sebastian, wo er wahrscheinlich bereits am gestrigen Freitag eingetroffen ist. Er reist im eigenen Auto und hat sich in Paris auf der Durchreise nur drei Stunden aufgehalten, die er zu einem kurzen Besuch auf der deutschen Botschaft benutzte. Er hatte dort eine ganz kurze Unterredung mit dem stellvertretenden deutschen Botschafter. Dann ist Dr. Heinhold sofort über Bordeaux nach San Sebastian weitergefahren. Jemand eine Besprechung mit französischen Staatsmännern hat nicht stattgefunden, war auch nicht beabsichtigt. Dr. Schacht ist überhaupt nicht unterwegs nach Paris, seine Reise führt ihn vielmehr über Prag und Wien nach Budapest. Jemandwelche Besprechungen der beiden genannten Herren mit französischen Politikern können vorläufig überhaupt keinen Zweck haben, da erst durch die bevorstehende wichtige Unterredung zwischen Briand und Dr. Stresemann die Grundlage für weitere ernsthaftige Verhandlungen geschaffen werden kann.

Die Aussagen des Abg. Jahnke

vor dem Feme-Ausschuß.

von. Ueber die Vernehmung des deutschnationalen Abg. Jahnke im Feme-Ausschuß des Preussischen Landtages erfahren wir, daß Jahnke erklärte, daß er zu seiner früheren eithischen Aussagen keine und ihnen nichts hinzuzufügen habe. Von Äußerungen gegenüber Seberius und Stresemann habe er keine Kenntnis gehabt. Man möge über diese Behauptungen, die er als Lüge und Erfindung bezeichne, den Major Buchrucker vernehmen. Von Femeorganisationen der Schwärzen Reichwehr sei ihm nichts bekannt, ebenso wisse er nichts von sogen. Kriegstitteln.